

Worüber Thilo Sarrazin schweigt: Herausforderungen der Politischen Bildung in der Migrationsgesellschaft

Grabbert, Tammo; Lange, Dirk

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Grabbert, T., & Lange, D. (2011). Worüber Thilo Sarrazin schweigt: Herausforderungen der Politischen Bildung in der Migrationsgesellschaft. *der moderne staat - dms: Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 4(1), 7-27.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61109-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Migration und Integration in Deutschland

Tammo Grabbert/Dirk Lange

Worüber Thilo Sarrazin schweigt.

Herausforderungen der Politischen Bildung in der Migrationsgesellschaft

Zusammenfassung

Der Beitrag unterzieht die von Thilo Sarrazin in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ aufgestellten Thesen zunächst einer wissenschaftlichen Prüfung und formuliert Erklärungsansätze für den großen Erfolg des Buches. Dabei zeigt sich, dass die Behauptungen Sarrazins weitgehend unhaltbar sind. Da diese sich aber einer hohen Popularität erfreuen, verweist der Sarrazin-Diskurs auf elementare soziale und politische Problemlagen, die letztendlich eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Funktionalität der Demokratie in Deutschland darstellen können. Als zentral für die Sympathien für Sarrazins Argumente erscheinen die seinem Buch immanente Verteidigung bürgerlicher Mittelschichtswerte und –privilegien, die aufgrund eines beschleunigten sozioökonomischen Wandels zunehmend infrage gestellt werden, sowie die vermeintliche Legitimierung tief in der Gesellschaft verwurzelter Ressentiments gegenüber Minderheiten. Vor diesem Hintergrund analysiert der Beitrag bestehende Möglichkeiten und Handlungsbedarfe für entsprechende Interventionen im Rahmen der migrationspolitischen Bildung. Abschließend werden neuere didaktische Ansätze vorgestellt, deren Implementierung im Bildungssystem aufgrund der analysierten Problemlage anempfohlen wird.

Schlagworte: Deutschland, Populismus, Integration, Minderheitenfeindlichkeit, migrationspolitische Bildung

Abstract

What Thilo Sarrazin is silent about. Challenges for civic education in the migration society

First, the article checks the by Thilo Sarrazin set theses in his book “Deutschland schafft sich ab” of their scientific durability and formulates explanations for the success of the book. It turns out that the assertions of Sarrazin are largely untenable. But because these theses are having a high popularity, the Sarrazin discourse shows basic social and political problems that ultimately could be a threat to social cohesion and functionality of democracy in Germany. As central to the sympathies towards Sarrazin's arguments appears the defense of bourgeois middle class values and privileges in his book, which are increasingly questioned due to an accelerated socio-economic change, and the perceived legitimacy of deep-rooted resentments in society against minorities. From this background, the article analyses existing opportunities and action requirements for adequate interventions accounting treatment of migration-policy education. Finally, newer teaching approaches were presented, whose implementations are advised to the education system because of the analyzed problems.

Key words: Germany, populism, integration, minority-hostility, migration-policy education

1. Einleitung

Das Buch „Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“ (Sarrazin 2010) polarisiert: Auf der einen Seite wird es von Experten, Stimmen aus den Medien und manchem Politiker scharf kritisiert und Sarrazins Lesungen werden regelmäßig von

Protestkundgebungen begleitet. Auf der anderen Seite steht der grandiose Erfolg des Buches: Mit über 1,2 Millionen Exemplaren war es Ende 2010 das meistverkaufte Sachbuch eines deutschsprachigen Autors des Jahrzehnts. Davon, dass das Buch aber nicht nur gekauft, sondern mit seinen Inhalten zumindest sympathisiert wird, zeugen hohe Zustimmungsraten in Umfragen, deutschlandweit ausverkaufte Lesungen und zahlreiche wohlwollende Leserbriefe in Zeitungen und Magazinen. Laut einer Befragung des Meinungsforschungsinstituts Emnid könnten sich sogar 18 Prozent der Deutschen vorstellen, eine von *Thilo Sarrazin* geführte Partei zu wählen.¹ In diesem Aufsatz werden zunächst die wesentlichen Thesen von *Sarrazin* einer wissenschaftlichen Prüfung unterzogen. Anschließend wird analysiert, warum das Buch „Deutschland schafft sich ab“ derart erfolgreich werden konnte. Auf dieser Basis werden spezifische Problemstellungen des *Sarrazin*-Diskurses formuliert und die sich daraus ergebenden Herausforderungen für die Politische Bildung abgeleitet.

2. Erklärungsansätze zu *Sarrazins* Erfolg

Im Folgenden werden einzelne Erklärungsansätze für den Erfolg von „Deutschland schafft sich ab“ diskutiert, indem die darin aufgestellten Thesen mit empirischen Erkenntnissen verglichen und auf ihre politische Funktion hin untersucht werden.

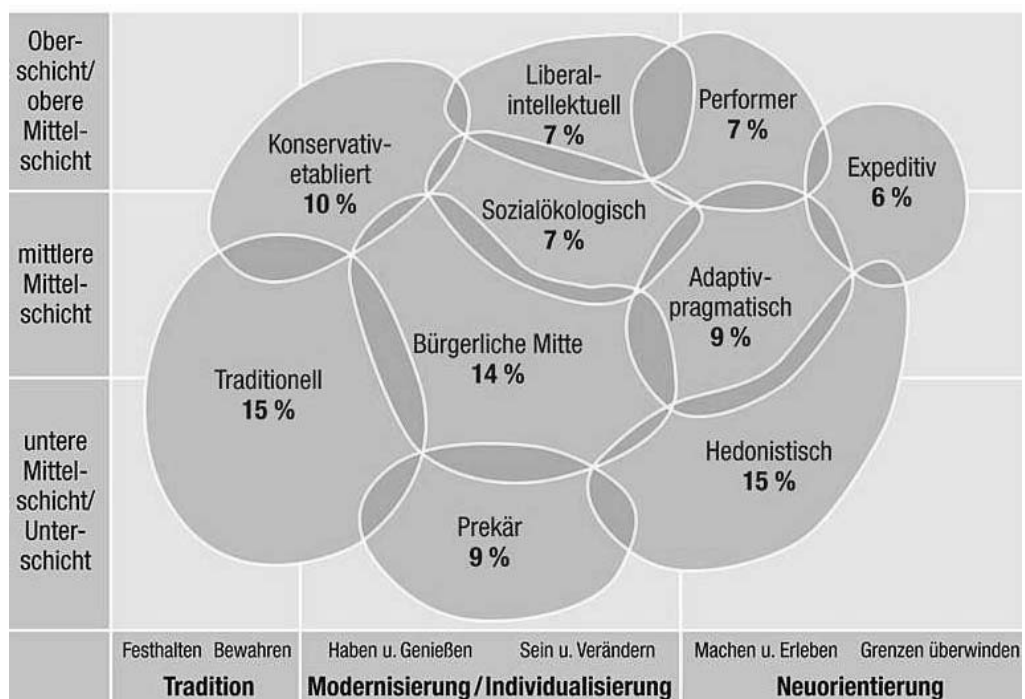
Das Gesellschaftsbild in „Deutschland schafft sich ab“

Thilo Sarrazin nimmt in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ eine hierarchische Kategorisierung der deutschen Gesellschaft nach ökonomischem, kulturellem und sozialem Nutzen verschiedener Gruppen vor. In dieser Hierarchie stehen die „autochthonen“ Deutschen oben, die sich durch „traditionellen deutschen Fleiß“ (2010, S. 13) und Innovationskraft, Leistungs- und Bildungsorientierung sowie einer gemeinsam geteilten Kultur auszeichnen. Unten steht „eine weitgehend funktionslose Unterklasse“ (ebd., S. 173) muslimischer Migranten, wobei im Verlauf des Buches die Transferhilfeempfänger zunehmend mit muslimischen Einwanderern gleichgesetzt werden. Ein Großteil der Transferhilfeempfänger lässt sich *Sarrazin* zufolge durch deviante Verhaltensweisen, fehlenden Leistungswillen und defizitäre Kindererziehung charakterisieren (vgl. ebd. S. 152-155). Während er bei anderen Einwanderergruppen keine Integrationsprobleme sieht (vgl. ebd. S. 259), erscheinen sie ihm bei Migranten muslimischen Glaubens – namentlich aus der Türkei, Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten stammend – umso größer: Neben der überdurchschnittlich hohen Transferabhängigkeit dieser Gruppe und den entsprechenden Problem dispositionen, käme noch die große Distanz zu dieser „kulturell andersartigen Minderheit“ (ebd., S. 277), die eine deutliche Tendenz der Abgrenzung zur deutschen Mehrheitsgesellschaft zeige (vgl. ebd., S. 260-280).

Diese von *Sarrazin* vorgenommene pauschale Strukturierung der deutschen Gesellschaft in wertekonforme Leistungsträger, deviante Transferhilfeempfänger und integrationsunwillige und -unfähige muslimische Migranten entspricht nicht den empirischen Erkenntnissen über die deutsche Gesellschaft. Statt des von *Sarrazin* skizzierten weitgehend homogenen Gesellschaftsbildes, beobachten Soziologen schon seit vielen Jahren eine zunehmende Ausdifferenzierung der Gesellschaft sowie eine Pluralisierung der Lebensfor-

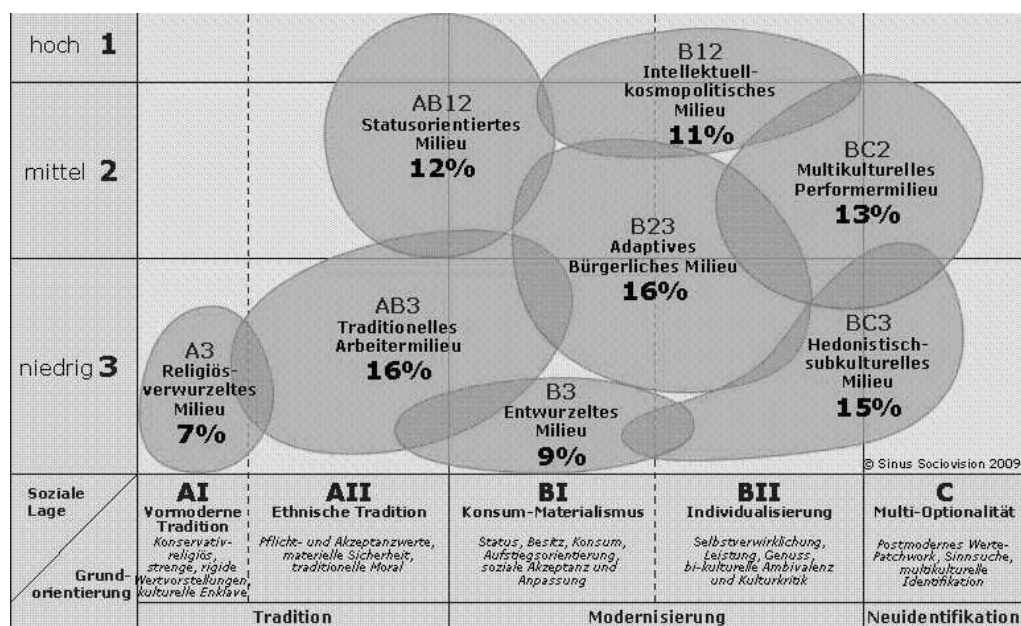
men (vgl. *Geißler* 2006). Mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel geht seit den 1970er-Jahren ein sozialer Wandel einher, der mit Begrifflichkeiten wie „Individualisierung“, „Enttraditionalisierung“, „familiärer Strukturwandel“ und „Wertewandel“ beschrieben wird. Die dadurch entstandene Vielfalt lässt sich beispielsweise in den „Sinus-Milieus“ fassen, die eine Basissegmentation der Gesellschaft auf Grundlage von Wertorientierungen, Lebensstilen und sozialen Lagen darstellen (vgl. *Merkle* 2009). Das Modell beinhaltet 10 verschiedene Milieus, deren Grenzen aber fließend sind und sich zum Teil auch überlappen. Aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik werden diese Milieus in regelmäßigen Abständen überprüft und angepasst (vgl. *Vester u.a.*, 2001).

Abbildung 1: Sinus-Milieus in Deutschland 2010



Aus der Abbildung lässt sich leicht ablesen, dass die deutsche Gesellschaft keineswegs so homogen ist, wie *Sarrazin* sie in seinem Buch darstellt. Dasselbe gilt für die ebenfalls vom Sinus-Institut analysierten Migranten-Milieus in Deutschland (vgl. *Merkle* 2009). Hier konnten acht verschiedene Milieus identifiziert werden, die eine große Vielfalt von Lebensauffassungen und Lebensweisen aufweisen.

Abbildung 2: Sinus Migrant-Milieus in Deutschland 2008 – Soziale Lage und Grundorientierung



Für das Sinus-Milieu „A3 – Religiös verwurzeltes Milieu“, das sich durch vormoderne Traditionen, kulturelle Isolation und strenge religiöse Wertvorstellungen auszeichnet, ließ sich in der Studie zwar nachweisen, dass hier Muslime mit 54 Prozent die Mehrheit bilden (ebd., S. 79). Da diesem Milieu jedoch insgesamt nur sieben Prozent aller Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland zugerechnet werden, und der Anteil der Muslime an der Gesamtheit der Migranten etwa 25 Prozent beträgt (*Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* 2009, *Deutsche Islam Konferenz* 2009) ist der Anteil der Muslime, die so leben, wie *Sarrazin* es praktisch für sie alle annimmt, sehr gering. Insgesamt kommt die Sinus-Studie zu dem Ergebnis, dass sich die Migrant-Milieus in Deutschland „weniger nach ethnischer Herkunft und sozialer Lage als vielmehr nach ihren Wertvorstellungen, Lebensstilen und ästhetischen Vorlieben“ unterscheiden (*Merkle* 2009, S. 68). Bei den in Deutschland lebenden Migranten handelt es sich folglich „nicht um ein besonderes und schon gar nicht um ein einheitliches Segment in der Gesellschaft. [...] Die den verbreiteten Negativklischees entsprechenden Teilgruppen gibt es zwar, und sie sind im vorliegenden Migrant-Milieu-Modell auch lokalisierbar. Aber: Es sind sowohl soziodemographisch als auch soziokulturell marginale Randgruppen.“ (ebd., S. 70)

Wen meint *Sarrazin* nun aber eigentlich, wenn er davon spricht, „wie wir unser Land aufs Spiel setzen“? Wie gezeigt wurde, umfasst sein „Wir“ in „Deutschland schafft sich ab“ weder alle in Deutschland lebenden Menschen noch die Gesamtheit der deutschen Staatsbürger; ausgenommen sind zumindest Transferhilfeempfänger und muslimische Migranten, die in sozialer und ökonomischer Hinsicht dysfunktional seien. Fasst man die dem „Wir“ zugeschriebenen Merkmale zusammen, so wird deutlich, dass *Sarrazin* damit in erster Linie die Mitglieder einer traditionsbewussten und leistungsorientierten bürgerlichen Mittelschicht bezeichnet. Offenbar sind es auch genau diese Personen, die mehr-

heitlich „Deutschland schafft sich ab“ kaufen.² Die deutsche Mittelschicht aber ist seit Jahren massiven Veränderungsprozessen unterworfen. Massenentlassungen, ungewisse Berufsaussichten, geringe Lohnzuwächse und steigende Sozialbeiträge stellen nicht nur eine laufende Steigerung des Lebensstandards für Mittelschichtsangehörige infrage, sogar Arbeitslosigkeit und sozialer Abstieg sind inzwischen zu einem zentralen Risiko für sie geworden (vgl. *Müller/Werding* 2007). Die daraus entstandenen erheblichen Verunsicherungen haben sich durch die im Herbst 2008 einsetzende Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise noch verstärkt (vgl. *Heitmeyer* 2010). Wie *Wilhelm Heitmeyer* zeigt, entwickeln Menschen, die sich von so einer Situation bedroht fühlen und dabei einen Kontrollverlust wahrnehmen, individuelle Strategien der Problembewältigung (S. 28 ff): Zur psychologischen Entlastung ist die Annahme wichtig, es gäbe noch Andere, denen es schlechter ginge. Zudem wird in Krisenzeiten die Einhaltung bestimmter Werte und Normen verstärkt eingefordert, um möglichen Desintegrationseffekten entgegenzuwirken. Darüber hinaus kommt es zu Schuldzuweisungen. So gaben bei einer Befragung in Deutschland zu den Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise 52,6 Prozent an: „Diejenigen, die den Sozialstaat ausnutzen“. Und 14,5 Prozent sahen „die Ausländer“ als Schuldige an (ebd., S. 34). Ökonomisch schwierige Phasen können zu einem Anstieg konkurrenzbasierter Fremdenfeindlichkeit sowie zur Reklamation von Etabliertenvorrechten führen (vgl. ebd., S. 37f.). Auch die sich seit etwa 2000 vollziehende Ausbreitung des Rechtspopulismus in der Politik in Europa ist als Ausdruck einer verunsicherten postindustriellen Gesellschaft zu interpretieren (vgl. *Perger* 2010). Die modernen Rechtspopulisten setzen sich dabei scheinbar für das Wohl der autochthonen Bevölkerung ein und fordern rechtliche Benachteiligungen für Zuwanderer, die bis zur Forderung nach Ausweisungen reichen (vgl. ebd., S. 313).

Die beschriebenen Bewältigungsmechanismen einer krisengeplagten und verunsicherten Mittelschicht finden sich praktisch 1:1 in „Deutschland schafft sich ab“ wieder. Von dieser Beobachtung ausgehend lässt sich eine erste These zu dem Erfolg des Buches formulieren:

These 1:

Indem *Sarrazin* die Werthaltung und die Lebensform bestimmter Mittelschichtsmilieus bejaht und andere Gruppen sowie deren Lebensstil und Wertesystem abwertet, weist er verunsicherten Mittelschichtsangehörigen eine Strategie zur individuellen Krisenbewältigung.

Biologismus, Elitenrassismus, Eugenik und die „demographische Katastrophe“ in „Deutschland schafft sich ab“

Nicht nur vermeintlich eindeutige kulturelle Unterschiede und ökonomische Nützlichkeit dienen *Sarrazin* in „Deutschland schafft sich ab“ zur Abgrenzung von der Unterschicht und von Muslimen. Mit seiner Interpretation einer genetisch bedingten Vererbung von Intelligenz und angeblich kulturalistisch gebundener Merkmale wie Leistungsbereitschaft, Bildungsfähigkeit oder Zivilisationsgrad führt er eine weitere Ebene ein, die seine Vorstellung von kulturellen und ökonomischen Differenzen auf biologischer Basis stützt und manifestiert. Zentral ist dabei die Behauptung, Intelligenz sei „zu 50 bis 80 Prozent erblich“ (*Sarrazin* 2010, S. 91). Davon ausgehend konstatiert *Sarrazin* aufgrund der überproportional hohen Geburtenrate von Unterschichtsangehörigen und muslimischen Migranten – die er beide als Bevölkerungsgruppen mit unterdurchschnittlicher Intelligenz

beschreibt – einen kontinuierlichen Rückgang des intellektuellen Potenzials der deutschen Gesellschaft (vgl. S. 91f.). Diese „Verdummungsthese“ wurde inzwischen jedoch eindeutig als falsches Verständnis genetischer Vererbungsvorgänge widerlegt, u.a. von der Intelligenzforscherin *Elsbeth Stern* (2010), der zufolge *Sarrazin* außerdem die vielfältigen sozialen Einflüsse bei der Intelligenzausbildung ignoriert. Dieser hingegen geht davon aus, dass bestimmte Grunddispositionen genetisch determiniert seien, Bemühungen um bessere Bildung und Chancengleichheit für unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen seien folglich sinnlos: „Für einen großen Teil dieser Kinder ist der Misserfolg mit ihrer Geburt bereits besiegelt.“ (2010, S. 175) Der Gleichheitsgrundsatz, nach dem sich soziale Ungleichheit in erster Linie aus den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen ergibt, wird von *Sarrazin* entsprechend verworfen (vgl. S. 97).

Die genetische Begründung sozialer Ungleichheit wird gemeinhin als „Biologismus“ bezeichnet (vgl. *Anz* 2001). War diese Perspektive durch den Nationalsozialismus zwischenzeitlich stark in Misskredit geraten, erfährt der Biologismus seit den 1980er-Jahren infolge großer Fortschritte in der Gen- und Hirnforschung eine populäre Renaissance (ebd.). Diesen Trend greift *Sarrazin* in seinem Buch auf, indem er den verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft ihren quasi „natürlichen“ Platz zuweist: „Darum ist es sachlich folgerichtig und keineswegs Ausdruck fehlender Gerechtigkeit, wenn sich das Führungspersonal mehrheitlich aus den oberen Schichten rekrutiert.“ (2010, S. 228)

Die Behauptung, bestimmte (negative) Merkmale einer Gruppe seien angeboren bzw. unveränderlich, wird allgemein als „Rassismus“ bezeichnet (vgl. *Fredrickson* 2004, S. 143). Mit Bezug auf *Sarrazins* Interview in „*lettre international*“³, in dem dieser (wie später in „Deutschland schafft sich ab“) von einer grundsätzlichen Ungleichwertigkeit verschiedener Bevölkerungsgruppen ausgeht, und dabei einen klaren Gegensatz von Elite und Unterprivilegierten konstruiert, spricht *Wiegel* (2009) von einem „Eliten-Rassismus“. Die Bewertung von Menschen ausschließlich nach ihrem ökonomischen Nutzen entspräche zudem dem „innersten Kern der neoliberalen Ideologie“ (ebd., S. 27). Eine weitere Funktion dieses Eliten-Rassismus erläutert *von Lucke* (2009). Demnach fehlt infolge der durch die Wirtschaftskrise noch verstärkten hohen Verschuldung des Staates und gleichzeitig wachsender sozialer Ungleichheit ein geistiger Überbau, der die anstehenden „sozialen Grausamkeiten“ (ebd., S. 55) legitimiert. In diese Lücke stoßen nun *von Lucke* zufolge neben *Sarrazin* Intellektuelle wie *Peter Sloterdijk* oder *Ralph Giordano*, Publizisten wie *Henryk M. Broder* und prominente Wirtschaftsgrößen wie *Hans-Olaf Henkel*, die – mit Unterstützung von bürgerlichen Leitmedien – massiv den Abbau des deutschen Sozialstaats fordern sowie die Relativierung des Gleichheits- und Gerechtigkeitsgebots propagieren. Flankiert werden diese Forderungen durch die Bedienung von tief in der Mitte der Gesellschaft sitzenden Ressentiments gegen ethnische Minderheiten und sozial Schwache und damit einhergehenden Aufwertungen sogenannter Eliten und Leistungsträger. Wie die entsprechenden Diskurse sowie die aktuelle *Sarrazin*-Debatte zeigen, haben sie damit durchaus Erfolg: „Gerade in Zeiten der Krise verbindet sich die Haltung der elitären Meinungsmacher (...) mehr und mehr mit einer immer ausgeprägteren Disposition der von Abstiegsängsten gepeinigten Mittelschichten, die begierig die *Sarrazinschen* Ressentiments aufgreifen.“ (*von Lucke* 2009, S. 61)

Welche „Abschaffung“ Deutschlands *Sarrazin* angesichts der fehlenden Rede von einer Vernichtung durch Krieg, Naturkatastrophen oder einer politischen Auflösung des Landes in seinem Buch befürchtet, erschließt sich aus den vorangegangenen Ausführungen: Neben einer „Verdummung“ der Einwohner und einem damit einhergehenden Rückgang

der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, sieht er zudem die Gefahr eines „Kulturabbruchs“ (*Sarrazin* 2010, S. 286) durch die überproportionale Vermehrung muslimischer Migranten bei gleichzeitiger Schrumpfung der autochthonen deutschen Bevölkerung. Da diese demographische Entwicklung durch „Fäulnisprozesse im Inneren der Gesellschaft“ hausgemacht sei, kommt *Sarrazin* zu dem Schluss „die Deutschen schaffen sich ab“ (ebd., S. 7). Selbst verschuldet sei diese Entwicklung insofern, als Unterschichts- und Migrantenfamilien sich mittels vermehrtem Kinderzeugen durch die Grundsicherung des Staates subventionieren ließen (ebd., S. 149f.): „Insbesondere unter den Arabern in Deutschland ist die Neigung weit verbreitet, Kinder zu zeugen, um mehr Sozialtransfers zu bekommen, und die in der Familie oft eingesperrten Frauen haben im Grunde ja kaum etwas anderes zu tun.“ (ebd., S. 150) Das demographische Schreckensszenario, welches *Sarrazin* – in völliger Ignoranz wissenschaftlicher Kriterien für seriöse Bevölkerungsprognosen – aufzeichnet, sieht so aus: In 100 Jahren würde es nur noch 25 Millionen und in 300 Jahren schließlich nur noch 3 Millionen Deutsche geben (ebd., S. 18). Demgegenüber würde die muslimische Bevölkerung in Deutschland bis zum Jahr 2100 auf 35 Millionen anwachsen (ebd., S. 317).

Da *Sarrazin* nun aber „kein Fremder im eigenen Land werden“ möchte (ebd., S. 309) und „Deutschland als Land der Deutschen“ (ebd., S. 18) erhalten will, beschwört er den „Selbstbehauptungswillen als Nation“ (ebd.) und die Verteidigung „unseres Volkscharakters“ (ebd., S. 330). Darüber hinaus ginge es um die Bewahrung der kulturellen Identität Europas sowie der deutschen Tradition (ebd. S. 308). Zur Illustration dessen, was drohen würde, wenn dieser Abwehrkampf nicht erfolgreich wäre, formuliert er ein Szenario, nach dem „das Land meiner Enkel und Urenkel zu großen Teilen muslimisch ist, (...) dort über weite Strecken türkisch und arabisch gesprochen wird, die Frauen ein Kopftuch tragen und der Tagesrhythmus vom Ruf des Muezzins bestimmt wird“ (ebd.). Dass *Sarrazin* tatsächlich von einem Kampf ausgeht, in dem „die Deutschen“ einen Gegner, namentlich „die Türken“ abwehren müssen, wird deutlich anhand einer äußerst zweifelhaften Argumentationslinie, an deren Ende suggeriert wird, „die Türken“ in Europa wollten nun durch höhere Fertilität schaffen, was ihnen 1529 bei der Belagerung Wiens noch nicht gelungen sei (ebd., S. 312-320), denn „wer sich stärker vermehrt, wird am Ende Europa besitzen. Wollen wir das?“ (ebd., S. 320). Um diesen angeblich drohenden Untergang zu verhindern, plädiert *Sarrazin* dafür, Zuwanderung nur noch durch einen stark erschwerten Ehegattennachzug sowie für Hochqualifizierte zu ermöglichen, und diese ansonsten – insbesondere von Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika – grundsätzlich zu unterbinden (ebd., S. 328f.) und fordert, „dem hohen und in Zukunft wohl noch wachsenden Einwanderungsdruck mit Energie entgegenzutreten“ (ebd. S. 372).

Sowohl die aggressive und minderheitendiffamierende Wortwahl von *Sarrazin* als auch die Logik der Argumentation sowie seine „Lösungsvorschläge“ für das Problem des Bevölkerungsrückgangs ähneln stark den von rechtsextremen Parteien in Deutschland vertretenen Positionen: „Der krude Rassismus der NPD findet – wenn auch in anderen Worten, aber bei gleichem Inhalt – seine Entsprechung bei *Thilo Sarrazin*.“ (*Wiegel* 2009, S. 29).

Die nahezu vollständige Beendigung von Zuwanderung würde den Schrumpfungsprozess der deutschen Bevölkerung – und die damit einhergehenden dramatischen sozialen und ökonomischen Folgekosten (vgl. *Grabbert* 2008) – allerdings dramatisch beschleunigen. Als einzige „Lösung“ sieht *Sarrazin* stattdessen die Erhöhung der Geburten-

rate in Deutschland auf das Niveau der Bestandshaltung an (2010, S. 343). Diese Option ist allerdings als höchst unrealistisch zu bewerten: Selbst wenn – ungeachtet aller Ursachen für den Fertilitätsrückgang wie familialer Strukturwandel, Wandel der Lebensstile, in der Arbeitswelt und im Geschlechtsrollenverhältnis – plötzlich alle jungen Frauen in Deutschland mehrere Kinder bekommen würden, könnte dies den Bevölkerungsrückgang nicht mehr aufhalten (vgl. *Bucher/Schlömer/Lackmann* 2004). *Sarrazin* will die Geburtenrate aber zudem nur bei Familien aus der Ober- und Mittelschicht erhöhen, um „eine dysgenisch wirkende Geburtenstruktur zu verhindern“ (2010, S. 378). Erreicht werden soll dies durch eine staatliche Steuerung, die armen Familien finanzielle Anreize zum Kinderkriegen reduziert, zum Beispiel Hochschulabsolventen aber hohe Prämien für Neugeborene zahlt (ebd., S. 386ff).

Das Konzept *Sarrazins*, durch staatliche Steuerung der Geburtenrate einen vermeintlich qualitativ höherwertigeren Genpool zu erzeugen, bezeichnet *Bühl* als „eindeutig eugenisch“ (2010, S. 137). Ziel sei die „Instrumentalisierung der Integrationsdebatte für die Revitalisierung sozialdarwinistischer Positionen“ (ebd., S. 146). Und in der Tat beklagt *Sarrazin*: „Das Muster des generativen Verhaltens in Deutschland (...) ist nicht nur keine *Darwinsche* natürliche Zuchtwahl im Sinne von ‚survival of the fittest‘, sondern eine kulturell bedingte, vom Menschen selbst gesteuerte negative Selektion.“ (2010, S. 353) Entsprechend bezieht sich *Sarrazin* in seinen Ausführungen u.a. explizit auf den Eugeniker *Gunnar Myrdal* (ebd., S. 92, S. 374), einen starken Befürworter der in Schweden von 1935 bis 1976 praktizierten Zwangssterilisationen geistig Behinderter (vgl. *Bühl* 2010, S. 153). *Sarrazin* knüpft somit direkt an Theorien an, die die Katastrophe des Holocaust intellektuell begleitet haben. Diesen Zusammenhang ignoriert er jedoch vollkommen, im Gegenteil führt er – unter Bezugnahme auf die Diskussion dysgenischer Effekte in der demographischen Entwicklung – aus: „In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es immer mehr Angriffe auf die Fragestellung. Diese Attacken waren letztlich Ausdruck von Wertungen, die gewisse Fragen als unzulässig verwarfen. Aber sie waren nicht empirisch begründet.“ (2010, S. 353) *Sigmar Gabriel* kommentierte diesen Satz in der „Zeit“ folgendermaßen: „Wie weit muss man sich intellektuell verirren, um die Ereignisse in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vollständig auszublenden, obwohl sie natürlich der grauenhafteste ‚empirische Befund‘ waren, den man für die Unzulässigkeit derartiger ‚Fragestellungen‘ finden kann.“⁴

Der Geschichts- und Kulturwissenschaftler *Thomas Etzemüller* hat bereits in einem 2008 publizierten Aufsatz die Mechanismen und Funktionen von „demographischen Katastrophendiskursen“ analysiert. Seine Erkenntnisse lesen sich dabei wie eine Blaupause zu „Deutschland schafft sich ab“. *Etzemüller* zeigt auf, dass das Szenario des Untergangs eines ganzen Volkes bereits seit etwa 200 Jahren dem gleichen Argumentationsmuster folgt. Dabei wird die Ursache für eine drohende demographische Katastrophe in der überproportionalen Vermehrung von Unterschichtsangehörigen, geistig Minderbemittelten und devianten Personen gesehen, bei gleichzeitiger Schrumpfung der „wertvollen“ Mittel- und Oberklasse sowie entsprechend auch des Kulturniveaus. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verband sich dieser Diskurs mit rassebiologischen bzw. eugenischen Theorien, die – ergänzt um die Befürchtung der Verdrängung durch geburtenfreudigere Völker – in Deutschland schließlich von den Nationalsozialisten aufgegriffen wurden. Laut *Etzemüller* ist die demographische Frage auch heute noch latent mit der eugenischen Frage verknüpft, „wenn beklagt wird, dass Kinder die mangelnde Bildung ihrer Eltern gewissermaßen ‚erben‘ würden, oder wenn Immigranten geradezu die sozial-moralische

Zersetzung einer Bevölkerung zugeschrieben wird. Solchen Problemgruppen soll durch eine aktive Geburtenpolitik der bürgerlichen Mittelschicht der Raum versperrt werden“ (ebd., S. 7). Hintersinn dieses demographischen Katastrophendiskurses ist die Ordnung der Gesellschaft und der Welt im Sinne der bürgerlichen Mitte. Dieser Diskurs greift besonders, wenn die bürgerliche Lebenswelt infolge sozialen Wandels Veränderungen unterworfen wird: „Fast alle Texte zur Bevölkerungsfrage lesen sich – in Negativform – wie ein Wertekatalog bürgerlicher Lebensweise.“ (ebd., S. 8) Die eugenische Argumentation dient dazu, die bestehende Ordnung als „natürlich“ zu verteidigen, und „jedes Individuum [...] in seiner Sozialschicht zu fixieren“ (ebd.). In jüngerer Zeit wird Demographie außerdem zum einen als schlagkräftiges Argument für den Sozialstaatsabbau angeführt und zum anderen – mit Hinweis auf die Wettbewerbsfähigkeit der Bevölkerung – auf das notwendig zu generierende, genetisch hochwertige, „Humankapital“ verwiesen (ebd., S. 8).

Auf Grundlage der Analyse biologistischer, (eliten-)rassistischer und eugenischer Argumentationen sowie des demographischen Katastrophendiskurses in „Deutschland schafft sich ab“ lassen sich nun drei weitere Thesen zu den Ursachen des Erfolgs des Buches formulieren:

These 2:

Mit seinen Überlegungen zur gruppenspezifischen Vererbung von Intelligenz und anderen Eigenschaften legitimiert *Sarrazin* die soziale Ungleichheit in Deutschland als quasi naturgegebene Ordnung. Den von Abstiegsängsten und sozialem Wandel bedrohten bürgerlichen Mittelschichtsmilieus und –lebensweisen werden dadurch ihre Privilegien als rechtens suggeriert.

These 3:

Mit seinen Vorschlägen zur eugenischen Steuerung der demographischen Entwicklung in Deutschland liefert *Sarrazin* die vermeintlichen Instrumente zur Abwehr der möglichen Bedrohungen für die bürgerliche Lebenswelt sowie zur Wahrung der Privilegien der Etablierten aus der Ober- und Mittelschicht.

These 4:

Die von *Sarrazin* angesichts des angeblich drohenden demographischen Untergangs Deutschlands, sowie der wirtschaftsschädigenden Subventionen von Armen und Migranten, geforderten sozialstaatlichen Einschnitte bilden eine intellektuelle Stütze für einen fortschreitenden Rückbau des Wohlfahrtsstaates.

Vorstellungen von Integration, das Migrantenbild und die Rolle des Islams in „Deutschland schafft sich ab“

Die in „Deutschland schafft sich ab“ vertretenen Vorstellungen von Integrationsprozessen sowie dem Integrationsgrad von (muslimischen) Migrantengruppen sind sowohl im Hinblick auf den theoretischen als auch auf den empirischen aktuellen Wissensstand weitgehend unhaltbar. So betrachtet *Sarrazin* Integration ausschließlich als „Bringschuld von Migranten“ (2010, S. 327). Integration ist aber als zweiseitiger Prozess zwischen den Einwanderern und der aufnehmenden Mehrheitsgesellschaft zu verstehen, wobei letztere die Aufgabe hat, gleichstellende Zugangsrechte zu schaffen (vgl. *Oswald* 2007, S. 132ff.). Verschiedene Ungleichheitsbedingungen wie strukturelle oder institutionelle Diskriminierung, die beispielsweise die Zugänge und Chancen von Migranten bezüglich

Bildung, Wohnung oder Arbeit begrenzen, spielen in Deutschland nach wie vor eine bedeutende Rolle bei der Integrationsfrage (vgl. *Flam* 2007; *Gestring/Janßen/Polat* 2006). Diese Seite von Integrationsprozessen ignoriert er jedoch vollständig. Integrationsprobleme sieht er nur bei den muslimischen Einwanderern, denen er mangelnden bzw. sinkenden Integrationswillen bei gleichzeitiger Tendenz zur Abgrenzung, wohnräumlichen Segregation und Bildung von „Parallelgesellschaften“ unterstellt (vgl. *Sarrazin* 2010, S. 286-307). Demgegenüber stellen aktuelle Erkenntnisse aus der Migrationsforschung über die Integration von muslimischen bzw. türkischen Migranten einen signifikanten Bildungsaufstieg in der zweiten Generation, höhere Bildungsaspirationen als in der deutschstämmigen Bevölkerung, mehrheitlich gute Deutschkenntnisse bzw. eine deutliche Verbesserung der Sprachkenntnisse sowie eine Arbeitsmarktintegration, die besser ist als die von *Sarrazin* suggerierte, fest (vgl. *Deutsche Islam Konferenz* 2009; *Foroutan* 2010). Auch die Rede von der „muslimischen Parallelgesellschaft“ ist empirisch nicht haltbar. Aus soziologischer Perspektive können in Deutschland keine Parallelgesellschaften festgestellt werden, die vermeintliche Abschottung und Clanbildung türkischstämmiger Migranten wird als Mythos angesehen (vgl. *Gestring* 2005; *Janßen/Polat* 2006). Zudem scheint die residenzielle Segregation von Nicht-Deutschen seit einigen Jahren abzunehmen, entsprechende Anzeichen gibt es auch bei der türkischen Wohnbevölkerung (vgl. *Grabbert* 2008, S. 60f., S. 98). Laut *Bühl* dient der Begriff „Parallelgesellschaft“ der Diffamierung muslimischer Migranten sowie einer verstärkten Wahrnehmung dieser Gruppe als Fremde (2010, S. 265).

Muslimische Migranten werden in „Deutschland schafft sich ab“ als klare Bedrohung der deutschen Nation und Kultur dargestellt. Viele seien gewalttätig, kriminell und betrügerisch (*Sarrazin* 2010, S. 296, S. 302f.). Ihre Kultur sei mit der unseren nicht vereinbar (vgl. ebd., S. 258). Dass als Reaktion die Aggressionen der Mehrheitsbevölkerung gegenüber muslimischen Migranten wachsen sowie Vorbehalte größer würden, hätte folglich „gute Gründe“ (ebd., S. 265, 292). Schließlich unterstellt *Sarrazin* ihnen noch ein degeneriertes Erbgut: „Ganze Clans haben eine lange Tradition von Inzucht und entsprechend viele Behinderungen. Es ist bekannt, dass der Anteil der angeborenen Behinderungen unter den türkischen und kurdischen Migranten weit überdurchschnittlich ist.“ (ebd., S. 316)

Diese Darstellung der in Deutschland lebenden Muslime ist als eindeutig diffamierend und rassistisch zu bezeichnen. Sie negiert die vielfältigen Interessen, Identitäten, Lebenswelten und Integrationsgrade der Einwanderer und fokussiert ausschließlich und in überzogener Weise auf die negativen Aspekte. Sehr deutlich wird hier nochmals die bereits oben unter dem Aspekt „Gesellschaftsbild“ festgestellte Sündenbockfunktion, schließlich ist für den Rechtspopulismus „nichts (...) so erfolgreich wie ein umfassendes Feindbild“ (*Perger* 2010, S. 313).

Zu dem in „Deutschland schafft sich ab“ konstruierten Feindbild gehört ein weiterer zentraler Faktor: die Religion. *Sarrazin* beschreibt den Islam als „rückständig“, „autoritär“, „vormodern“ und „antidemokratisch“ (2010, S. 266f.). Es handele sich „um eine sehr abgeschlossene Religion und Kultur (...), deren Anhänger sich für das umgebende westliche Abendland kaum interessieren“ (ebd., S. 270). Darüber hinaus gäbe es einen wachsenden Trend zum Fundamentalismus bzw. eine Dominanz des Islamismus (ebd., S. 269), wobei der Islam als Ganzes „nicht gedacht werden kann ohne Islamismus und Terrorismus“ (ebd., S. 277). Zu untermauern versucht *Sarrazin* diese These mit der Behauptung: „1000 Jahre lang war die Geschichte des Islams von der gewaltsamen Eroberung christlicher Staaten begleitet“ (ebd., S. 280). Der Islam wird dabei als Antagonist des

Westens inszeniert, der „eine direkte Bedrohung unseres Lebensstils“ (ebd., S. 266) darstelle. Folglich müssten „wir“ den Islam auch nicht als Teil „unserer“ Gesellschaft anerkennen (ebd., S. 270).

Auch diesen Behauptungen sind zunächst einige empirische Erkenntnisse gegenüberzustellen. So praktiziert die Mehrheit der gläubigen Muslime in Deutschland ihre Religion eher pragmatisch, das Kopftuchtragen nimmt in der jüngeren Generation deutlich ab (vgl. *Deutsche Islam Konferenz* 2009). Auf sozialer Ebene gibt es mehrere Hinweise, die eher für eine interethnische Öffnung denn für eine Abschottung sprechen (vgl. *Foroutan* 2010). Außerdem führt der Verfassungsschutz weniger als ein Prozent der in Deutschland lebenden Muslime in Deutschland als Islamisten.⁵

In seiner umfangreichen Untersuchung über „Islamfeindlichkeit in Deutschland“ (2010) – in der er auch die *Sarrazin*-Debatte sowie das Buch „Deutschland schafft sich ab“ einer detaillierten Analyse unterzieht – weist der Soziologe *Achim Bühl* nach, dass sich feindliche Einstellungen gegenüber dem Islam bzw. Muslimen seit einigen Jahren in Deutschland verstärkt ausbreiten und sowohl in der Mitte der Gesellschaft wie auch in ihrer geistigen, ökonomischen und politischen Elite zunehmend auf Akzeptanz treffen. Die wachsende Islamfeindlichkeit drückt sich *Bühl* zufolge u.a. in über 100 antiislamischen deutschsprachigen Webseiten (ebd., S. 245), Anschlägen auf muslimische Einrichtungen, mannigfaltigen Diskriminierungen vom Bildungsbereich über den Arbeits- und Wohnungsmarkt bis hin zu öffentlichen Institutionen sowie in einer tendenziösen medialen Berichterstattung aus (vgl. ebd., S. 296). Wie der Großteil der Islamdebatte, so knüpfe auch *Sarrazin* an die historischen Ursprünge islamfeindlicher Stereotype aus der frühen Neuzeit an (vgl. ebd., S. 139). Der Islam werde dabei „als das ‚Fremde‘ schlechthin konstruiert“ (ebd., S. 178) sowie als „Hauptbedrohung für die deutsche bzw. europäische Identität“ diffamiert (ebd., S. 148), wozu sich unzulässiger Verallgemeinerungen und einer „Entsoziologisierung“ gesellschaftlicher Tatbestände bedient werde (ebd., S. 252). Darüber hinaus sieht *Bühl* zahlreiche Parallelen zwischen altbekannten antisemitischen Argumentationsmustern und dem gegenwärtigen Antisemitismus (vgl. ebd., S. 253), wie beispielsweise den Vorwurf der genetischen Degeneration bei Juden durch die Nazi-Propaganda (vgl. ebd., S. 150). In diesem Zusammenhang ist ein Zitat aus *Sarrazins* Buch aufschlussreich: „Der gern angestellte Vergleich von ‚Antisemitismus‘ und ‚Islamophobie‘ erkennt, dass der Antisemitismus ‚auf hysterischen Ängsten, Erfindungen, Projektionen und Neidgefühlen‘ beruht, die ‚Islamophobie‘ aber nicht“ (2010, S. 278).

Bühl konstatiert, dass *Sarrazins* Thesen vor allem in der verunsicherten deutschen Mittelschicht auf Sympathien stoßen (2010, S. 7f.). Dahinter steht die Frage des Selbstverständnisses einer Gesellschaft, „die aufgrund ihrer ethnischen und religiösen Vielfalt kein kulturelles Zentrum mehr für selbstverständlich und verbindlich erklären kann“ (*Beinhauer-Köhler/Leggewie* 2009, S. 118, zitiert nach *Bühl* 2010, S. 175). Beim gegenwärtigen Islamdiskurs handele es sich um einen „diskursiven Dammbruch“: „Offen rassistische Positionen werden in Deutschland in angesehenen Verlagen nicht nur gedruckt und von Medien bereitwillig verbreitet, sie stoßen auch auf eine aufnahmebereite Stimmungslage im Land.“ (*Bühl* 2010, S. 8). Folglich bildet offenbar insbesondere der Islamdiskurs in Deutschland einen Katalysator für die in der Gesellschaft weit verbreitete „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (*Heitmeyer* 2010). Eine weitere Funktion kann in der Ablenkung von eigenen Fehlern der Mehrheitsgesellschaft bzw. in der Entlastung von eigenen Integrationsaufgaben gesehen werden (vgl. *Bühl* 2010, S. 148, S. 263).

Auf Grundlage der Analyse der in „Deutschland schafft sich ab“ enthaltenen Vorstellungen über Integration, (muslimische) Migranten und den Islam, lassen sich nun weitere drei Thesen zu den Ursachen von *Sarrazins* Erfolg formulieren:

These 5:

Die Behauptungen *Sarrazins* über muslimische Migranten und das vermeintliche Scheitern ihrer Integration greifen tief in der Gesellschaft verwurzelte Ressentiments auf. Durch ihre Darstellung als vermeintlich wissenschaftlich seriös, bzw. als längst notwendigen Beitrag zur Integrationsdebatte, werden Stereotype und islamfeindliche Einstellungen salonfähig gemacht, was für die Träger der Vorurteile einen befreienden Effekt hat.

These 6:

Das konstruierte Feindbild Islam bzw. Muslim wirkt für Mittelschichtsangehörige, die sich durch sozialen und ökonomischen Wandel verunsichert fühlen, identitätsstiftend.

These 7:

Sarrazins falsches Verständnis von Integration sowie seine Position, der Islam sei nicht anerkennungswürdig und auch nicht integrationsfähig, kann Mitglieder der sich durch Pluriformität überfordert fühlenden deutschen Mehrheitsgesellschaft von der eigenen Verantwortlichkeit für gelingende Integrationsprozesse entlasten.

Die Rolle der Medien und der Politik

Bei der Etablierung eines pauschalen islamfeindlichen Diskurses in der deutschen Öffentlichkeit spielt die mediale Vermittlung eine bedeutende Rolle (vgl. *Halm/Liakova/Yetik* 2007, S. 11). Seit dem 11. September 2001 hat die Auseinandersetzung mit dem Islam bzw. mit Muslimen im Kontext Terrorismus deutlich zugenommen, wobei sich negative Islam-Konnotationen in den deutschen Medien vervielfacht haben. *Jäger* und *Halm* zufolge bedienen sich die Medien dabei tendenziell eines „binären Reduktionismus“, bei dem die „schlechten“ Eigenschaften der muslimischen Migranten betont und ihnen die „guten“ Eigenschaften der autochthonen Deutschen gegenübergestellt werden (2007, S. 5). Studien belegen sowohl für das Fernsehen als auch für die Presse eine überproportionale Darstellung von Muslimen im Zusammenhang mit Terror, Fundamentalismus und Frauenfeindlichkeit (vgl. *Bühl* 2010, S. 230ff.). Bezüglich der Rekapitulation der *Sarrazin*-Debatte in der sogenannten Qualitätspresse bemängelt *Bühl*, dass überwiegend nur die biologistischen Positionen *Sarrazins* kritisiert würden, sein diffamierendes Islambild jedoch zumeist ignoriert oder sogar noch bestätigt werde (2010, S. 154).

Auch die Sphäre der Politik weist seit längerem im Hinblick auf den Islam ethnozentrische und kulturell-rassistische Untertöne auf, wobei auch Forderungen nach stärkeren Integrationsbemühungen häufig im „Sprechen und Denken in segregierenden und undifferenzierten Wir-Sie-Schemata verhaftet“ bleiben (*Ködel* 2007, S. 223). Schon die von *Bassam Tibi* 1998 angestoßene – und im Jahr 2000 vom damaligen Fraktionsvorsitzenden der CDU, *Friedrich Merz*, in Deutschland ausgelöste – Leitkultur-Debatte richtete sich nicht nur gegen das Modell einer multikulturellen Gesellschaft, sondern wurde „von Anfang an als Antipode zum Islam eingeführt“ (vgl. *Bühl* 2010, S. 262). Die Reaktionen der Politik auf „Deutschland schafft sich ab“ bewertet *Bühl* angesichts der darin vertretenen „salon-

rassistischen Positionen“ als zu mild, zumal es nach kurzer Zeit – wahrscheinlich aufgrund der hohen Zustimmung in der Bevölkerung zu *Sarrazins* Thesen – zu zahlreichen Rückziehern der kritischeren Stimmen kam (vgl. ebd., 2010, S. 7). Diese wurden dann abgelöst „durch hektische Integrationsvorschläge“ und „Migranten-Schelte“ sowie das Androhen von Sanktionsverschärfungen für „Integrationsunwillige“ (ebd., S. 8). Schließlich erntete der Bundespräsident empörte Widersprüche zu seiner Meinung, der Islam gehöre zu Deutschland, und *Guido Westerwelle* und *Angela Merkel* verwiesen auf die „christlich-jüdische Tradition“ als kulturelle Wurzel Deutschlands. *Horst Seehofer* schloss sich gar der Forderung *Sarrazins* nach einem Komplettstopp der Zuwanderung aus der Türkei und arabischen Staaten an. Der vorläufige Höhepunkt dieser Reaktionen war Anfang März die Äußerung vom neuen Bundesinnenminister *Hans-Peter Friedrich*, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Der frühere CDU-Integrationsminister in Nordrhein-Westfalen, *Armin Laschet*, kommentierte diese Entwicklung in der „Zeit“: „*Sarrazin* hat es geschafft, die Integrationsdebatte zurückzuwerfen.“⁶

Vor dem Hintergrund der Rolle der Medien und der Politik im *Sarrazin*-Diskurs lassen sich folgende Thesen zu den Ursachen des Erfolgs von „Deutschland schafft sich ab“ formulieren:

These 8:

Die zunehmend negative Berichterstattung über den Islam bzw. über Muslime nach dem 11. September 2001, sowie die entsprechende populistische Stimmungsmache einiger Politiker, verstärkte die Vorbehalte in der Öffentlichkeit und bereitete den Boden für *Sarrazins* Thesen.

These 9:

Die Transformation der *Sarrazin*-Debatte zu verstärkter Kritik an Muslimen im politischen Diskurs, sowie die Betonung der kulturellen Andersartigkeit des Islams, legitimiert wiederum die Behauptungen von *Sarrazin*.

3. Problematisierung der *Sarrazin*-Debatte

Die Analyse zeigt, dass die Mehrheit der Behauptungen von *Thilo Sarrazin* einer wissenschaftlichen Prüfung nicht standhält. Dem stehen allerdings hohe Zustimmungsraten in der Bevölkerung von bis zu 60 Prozent⁷ zu seinen Thesen gegenüber. Gemäß dem *Thomas-schen* Theorem haben Phänomene, die von Menschen als real wahrgenommen werden, aber auch reale Folgen (*Thomas/Thomas* 1928, S. 572). Vor diesem Hintergrund lassen sich auf Basis unserer Überlegungen zu den gesellschaftlichen und politischen Bedingungen des Erfolgs von „Deutschland schafft sich ab“ bestimmte Problemstellungen ableiten.

Zunächst ist festzuhalten, dass *Sarrazins* Ausführungen sich gegen den Abbau sozialer Ungleichheiten und damit gegen gleichberechtigte Zugänge z.B. zu Bildung, Arbeit oder Machtpositionen wenden, die die Basis einer demokratischen Gesellschaft bilden. Anders als häufig kolportiert, liefert das Buch keinen ernsthaften und konstruktiven Beitrag zur Integrationsdebatte. Stattdessen werden falsche Vorstellungen über Integrationsprozesse vermittelt, die aufgrund ihrer Wirkung in der Öffentlichkeit und ihres Nachhalls in der Politik dringend notwendige Integrationsaufgaben und –maßnahmen be- oder verhindern können. Die Konstruktion des Feindbilds „Moslem“ bzw. „Islam“ kann die Is-

lamfeindlichkeit in Deutschland weiter verstärken und letztendlich desintegrativ wirken. Darüber hinaus kann die – zum Teil erfolgreiche – Verschleierung rassistischer und diskriminierender Äußerungen über Migranten und Unterschichtsangehörige als vermeintlich empirische Tatsachen zu wachsender Akzeptanz und Legitimation von Ressentiments führen. Dies erscheint insbesondere problematisch, da einer aktuellen Rechtsextremismus-Studie der *Friedrich-Ebert-Stiftung* (2010) zufolge u.a. chauvinistische, ausländer- und islamfeindliche Einstellungen sowie Forderungen nach einem rechts-autitären Staat in Deutschland weit verbreitet sind, bei wachsender Tendenz. Die Studie zeigt zudem, wie ökonomistische Bewertungen von Gruppen mit biologisch-rassistischen und kulturalistischen Begründungen einher gehen, wobei es zu zahlreichen Überschneidungen mit NPD-Inhalten kommt. Wie wir gezeigt haben, finden sich genau diese Argumentationsmuster auch bei *Sarrazin* wieder. Zwar sind rechtsextreme Parteien in Deutschland bislang kaum mehrheitsfähig, die *Sarrazin*-Debatte kann diesbezüglich aber in mancherlei Hinsicht zu einer Enttabuisierung beitragen.

Zusammenfassend lassen sich *Sarrazins* Überlegungen auf eine Verteidigung bürgerlicher Mittelschichtswerte, -lebensstile und -privilegien zuspitzen. Er verweigert sich dabei der Auseinandersetzung mit einer gesamtgesellschaftlichen Situation, die infolge von Globalisierung, Internationalisierung, Pluralisierung, Migration und Demographie spezifische Probleme aufwirft. Diese Probleme müssen aber gelöst werden, will Deutschland auch in Zukunft ein – wie im Grundgesetz, Artikel 20, festgeschrieben – „demokratischer und sozialer Bundesstaat“ bleiben.

4. Was tun? Herausforderungen für die Politische Bildung

Angesichts der festgestellten vielfältigen Problemlagen bedarf es ebenso vielfältiger Maßnahmen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene. Im Folgenden wollen wir der Frage nachgehen, welche Ausgangsbedingungen und Möglichkeiten die Politische Bildung hat, um den im *Sarrazin*-Diskurs aufscheinenden Problemstellungen adäquat begegnen zu können.

Politische Bildung bezieht sich auf formale, non-formale und informelle Bildungsbereiche, die Fragen des politischen Verständnisses und des gesellschaftlichen Zusammenlebens berühren. So verstandene Politische Bildung spielt eine bedeutende Rolle im individuellen Lernprozess, da „Bildung die Entwicklung des einzelnen zu einem sozial handlungsfähigen und kompetenten Menschen vermittelt der vor allem in den staatlichen Bildungseinrichtungen stattfindenden Lern- und Sozialisationsprozessen“ (*Peuckert* 1998, S. 321-322) beinhaltet.

Der Sarrazin-Diskurs und die Aufgaben der Politischen Bildung

Das Ziel der Politischen Bildung ist die Entwicklung des mündigen Bürgers. Politische Mündigkeit ist eine zentrale Bedingung erfolgreicher Partizipation am öffentlichen Leben und somit Voraussetzung „für die Erhaltung und Weiterentwicklung einer demokratischen politischen Kultur und eines demokratischen politischen Systems“ (*GPJE* 2004, S. 9).

Im Hinblick auf die von uns im Kontext des *Sarrazin*-Diskurses aufgezeigten Problemlagen ergeben sich bezüglich der Zielsetzung der Politischen Bildung folgende Auf-

gaben: Den Menschen müssen in Bildungsprozessen Fähigkeiten vermittelt werden, die es ihnen ermöglichen, sich eigenständig in der politischen und sozialen Wirklichkeit zu orientieren und zu handeln. Eine besondere Rolle sollte dabei das Erlernen des Umgangs mit Verunsicherungen und Vielfalt spielen, die im Zuge eines immer schnelleren sozialen Wandels entstehen. Zur besseren Beurteilung von Interessenslagen, Argumentationsstrukturen und Hintergründen gesellschaftlicher und politischer Diskurse sollte die Ausbildung eines kritischen Bürgerbewusstseins verstärkt fokussiert werden. In diesem Zusammenhang sind in Bildungsprozessen verschiedene Schwerpunkte zu setzen:

1. Auf die Wissenschaftspropädeutik bzw. die Entwicklung wissenschaftlicher und methodischer Fähigkeiten.
2. Auf die Entstehungsbedingungen sozialer Ungleichheit sowie den damit verbundenen Machtstrukturen und Privilegien für bestimmte Gruppen sowie der entsprechenden Legitimierungsstrategien.
3. Auf die gesellschaftlichen und politischen Funktionsweisen der zunehmend bedeutsamen Erkenntnisse aus der Biotechnologie und der Hirnforschung. Damit verbundene Hoffnungen und Gefahren sind auch bezüglich der historischen Hintergründe zu analysieren.
4. Auf die Wirkungsmechanismen und Interessenlagen der Sphären Politik und Medien.
5. Auf die verschiedenen Dimensionen von Integrationsprozessen und Migrantenbiografien.
6. Auf die historischen und funktionalen Ursachen der Abwertung Anderer, insbesondere von (muslimischen) Migranten.

Im Folgenden wird in erster Linie auf die Herausforderungen der Politischen Bildung bezüglich der Punkte fünf und sechs eingegangen, da sie auf die im Mittelpunkt stehenden Aspekte des *Sarrazin*-Diskurses verweisen. Dabei wird zunächst anhand eines Überblicks zum aktuellen Stand der Migrationsdidaktik gefragt, inwieweit diese den Handlungsbedarf entspricht bzw. wo Defizite aufscheinen. Anschließend werden neuere didaktische Ansätze vorgestellt, deren Implementierung im Bildungssystem anempfahlen wird.

Zum Stand der Migrationsdidaktik

Obwohl Deutschland schon seit Jahrzehnten eine „pluriforme Einwanderungsgesellschaft“ (*Leiprecht/Kerber* 2006, S. 8) ist, haben Politik und Bildungssystem lange nicht adäquat darauf reagiert. Im Hinblick auf Migranten sind die bildungspolitischen Entscheidungen weiterhin einer Tradition der Ausgrenzung bzw. des Ziels der Assimilation verhaftet, weshalb Schule im Kern noch immer monolingual und monokulturell orientiert ist. Erst im Zuge der Debatten über Integration und interkulturelle Bildung beginnt sich diese Sichtweise seit Ende der 1990er-Jahre langsam zu ändern (vgl. *Krüger-Potratz* 2006). Die Konzeptionen migrationspolitischer Bildung haben sich hingegen bereits deutlich gewandelt: Von einer zunächst einseitig auf die Assimilation von Migranten ausgerichteten „Ausländerpädagogik“ in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik über eine zu statische Differenzannahme der „multikulturellen Erziehung“ seit den 1980er-Jahren bis zur gegenwärtig dominierenden „interkulturellen Bildung“, die anstrebt, Kompetenzen zur gleichberechtigten und sinnvollen Interaktion mit Angehörigen verschiedener kultureller Systeme zu vermitteln (vgl. *Lange* 2009, S. 165ff). Da interkulturelle Kon-

flikte aber immer auch im Kontext gesellschaftlicher Strukturen und Herrschaftsverhältnissen stehen, hinterfragt die „antirassistische Bildung“ zudem soziale Ungleichheiten und Diskriminierungen, die mit dem – kulturalisierenden oder biologisierenden – Rasse-Konzept verknüpft sind. Dabei soll die Fähigkeit vermittelt werden, die verschiedenen Formen von Rassismus erkennen, analysieren und bekämpfen zu können (vgl. ebd., S. 168).

In der pädagogischen Praxis bestehen allerdings auch weiterhin diverse Defizite bezüglich der Vermittlung interkultureller Kompetenzen sowie dem Umgang mit Heterogenität in Bildungsprozessen. *Kalpaka* zufolge bleibt die kulturelle Differenz die dominierende Erklärung für den Umgang mit dem Phänomen Migration (2009, S. 176). Aufgrund dieses Prinzips, sowie der Konstruktion von Fremdheit in Institutionen und den in ihnen Handelnden, werden bestimmte Personen erst zu „den Anderen“ gemacht ohne Berücksichtigung ihrer Subjektivität und individueller Entwicklungsdynamiken. Beim Thema Migration erfolgt das „Andern“ vor allem durch Kulturalisieren und Ethnisieren, was in der Unterrichtspraxis – aber auch in (Weiter-)Bildungsangeboten für Pädagogen – stetig reproduziert wird. Diese sind sich dessen oft nicht bewusst, zumal ein entsprechend dichotomisches Denken auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen dominiert. Als zusätzlich problematisch erweisen sich in diesem Zusammenhang bildungspolitische Maßnahmen, die die erwiesene Benachteiligung von Migranten im Bildungssystem quasi nachträglich legitimieren sollen, indem bspw. ihre Eigenverantwortlichkeit betont wird oder sie zu Objekten interkultureller Fortbildungen für Lehrkräfte stilisiert werden. Solche Maßnahmen werden als funktional für die Stabilisierung sozialer Ungleichheiten eingeschätzt (vgl. *Kalpaka* 2009).

Leiprecht und *Kerber* (2006) konstatieren, dass es für den didaktischen Umgang mit Heterogenität bislang kaum geeignete Konzepte im Bildungssystem gibt. Doch gerade „im Zuge von fortschreitender Globalisierung und Internationalisierung [gerät] die Vorstellung von einer Schule, die eng auf den Nationalstaat bezogen ist, zunehmend unter Druck, genauso wie die damit verbundenen Normalisierungsmuster“ (ebd., S. 7f.). Eine weitere Problematik sieht *Lange* in der Tendenz zur Ökonomisierung und Privatisierung der Politischen Bildung (2006). So erfolgte die curriculare Aufwertung ökonomischer Bildungsinhalte im Fach Politik-Wirtschaft in Niedersachsen auf Kosten der Themen Migration, interkulturelles Zusammenleben, Rassismus und Nationalsozialismus.

Wie steht es um die Darstellung der Themenfelder Migration bzw. Migranten in Schulbüchern? Eine Studie⁸ über 210 aktuell in Niedersachsen zugelassene Schulbücher hat ergeben, dass die Behandlung des Themenkomplexes insgesamt zahlreiche Defizite aufweist (vgl. *Grabbert* 2010). Es fehlt an differenzierten Beschreibungen der Ursachen und Folgen von Migrationsprozessen sowie der Darstellung von Migranten, deren Auftreten in der Gesellschaft eher nicht als Normalfall erscheint. Durch die Herausstellung kultureller Stereotype wird die vermeintliche Fremdheit der Zugewanderten betont, Integration wird vorwiegend als Problem thematisiert, insbesondere bei muslimischen Migranten, welche häufiger als rückständig, unangepasst und ihren Traditionen verhaftet dargestellt werden. Darüber hinaus finden sich regelmäßig Dichotomisierungen wie „die Deutschen“ und „die Ausländer“ und, zum Teil, auch tendenziöse Begrifflichkeiten wie „Asylanten“, „Parallelgesellschaft“ oder „Re-Islamisierung“. Die Wirklichkeit der deutschen Einwanderungsgesellschaft wird folglich in den untersuchten Schulbüchern nicht adäquat abgebildet.

Wenn aber die Unterrichtsmaterialien derart defizitär sind, kommt den Lehrkräften eine besondere Verantwortung zu, ihre Schüler auf die Probleme in den Darstellungen

aufmerksam zu machen. *Auernheimer* (2006) hat verschiedene Untersuchungen zum Lehrerbewusstsein zusammengetragen, die diese Erwartung allerdings deutlich dämpfen. Demnach weisen Lehrkräfte häufig einen Mangel an interkulturellen Kompetenzen auf. Ihre Vorstellungen sind überwiegend von einem kulturdeterministischen Weltbild geprägt, in dem Traditionen als unveränderbar und Kulturen als homogen imaginiert werden. Damit einher gehen „Übergeneralisierungen“, „Stereotypisierung“ und „Differenzblindheit“ sowie ein pauschaler „Fundamentalismus-Verdacht“ bei Familien mit kopftuchtragenden Schülerinnen (ebd., S. 133f.). Konflikte mit Migrantenschülern und –eltern werden auf Anpassungsdefizite zurückgeführt, die eigenen Verhaltensmuster dabei jedoch nicht kritisch reflektiert, was *Auernheimer* als den entscheidenden Punkt bei vielen Untersuchungspersonen bezeichnet (ebd., S. 134). *Massing* und *Niehoff* (2009) haben zudem empirisch nachgewiesen, dass Lehrkräfte auch bei steigendem Migrantenanteil in der Klasse ihren Politikunterricht nicht adäquat verändern. Ein Grund dafür kann in der fehlenden Fachausbildung zur Arbeit mit Schülern mit Migrationshintergrund liegen, die 23 Prozent der befragten Lehrer äußerten, wobei 66 Prozent angaben, bislang keine entsprechende Fortbildung genutzt zu haben (ebd., S. 89, S. 93).

Die Übersicht zu aktuellen Konzepten und Praxen in der Migrationsdidaktik zeigt, dass diese die oben formulierten Anforderungen an die Politische Bildung nicht ausreichend erfüllen. Im Gegenteil lassen sich die – zum Teil mit den Thesen *Sarrazins* korrespondierenden – als problematisch bewerteten Einstellungen, Vorurteile und Diskriminierungen im Bildungssystem, im Unterricht und in den Unterrichtsmaterialien sowie die unzureichenden Kompetenzen bei vielen Lehrkräften eher als eine weitere Ursache für den Erfolg von „Deutschland schafft sich ab“ verstehen denn als ein passendes Gegenmittel.

Neuere migrationsdidaktische Ansätze

Als Ausgangspunkt politischer Lernprozesse ist das „Bürgerbewusstsein“ zu betrachten. Es handelt sich dabei um ein konstruktivistisches Lernkonzept, das politisches Lernen als einen mentalen Prozess begreift, bei dem das individuelle Bürgerbewusstsein modelliert wird. Unter Bürgerbewusstsein ist „das Insgesamt der mentalen Vorstellungen über die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit [zu verstehen]. Es dient der individuellen Orientierung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und produziert zugleich den Sinn, der es dem Menschen ermöglicht, vorgefundene Phänomene zu beurteilen und handelnd zu beeinflussen“. (*Lange* 2008, S. 247) Vorstellungen des Bürgerbewusstseins wandeln sich in Lernprozessen, wenn das Gleichgewicht zwischen Bürgerbewusstsein und Umwelterleben des Individuums durch ein Ereignis gestört wird und dieses Individuum versucht, wieder einen Ausgleich herzustellen. Am Ende eines erfolgreichen Lernprozesses steht die Bewältigung der entstandenen mentalen Dissonanz durch die Integration neuer Sinnbildungskompetenzen in das Bürgerbewusstsein (vgl. ebd., S. 251ff.).

Die traditionellen Konzeptionen der interkulturellen Politischen Bildung sind stark normativ konnotiert– in dem Sinne, dass sie an den in der Einwanderungsgesellschaft erwünschten Werten und Verhaltensweisen ausgerichtet sind. Diese Zugänge sollten durch das Interesse an den fachlichen Vorstellungen und Orientierungen in der Migrationsgesellschaft ergänzt werden. Letztendlich stellen nämlich diese Modellierungen des Bürgerbewusstseins den Ausgangspunkt des Lernprozesses dar (vgl. *Lange* 2009, S. 164ff.).

Für eine adäquate didaktische Strukturierung ist es notwendig, die mentalen Modellierungen – bspw. über Migrations- und Integrationsprozesse oder die Anforderungen an Zuwanderer – zu erforschen. Eine erste, in diesem Zusammenhang erstellte Studie, deutet darauf hin, dass die entsprechenden Vorstellungen von Schülern den Anforderungen nicht genügen, da sie Integration vorwiegend als Anpassung an Bestehendes verstehen und somit die Vielfalt der Strukturen und Verläufe von Migrationsprozessen nicht hinreichend erfassen (vgl. *Lutter* 2010). Die weiterführende Aufgabe migrationspolitischer Bildung besteht folglich darin, „die mentalen Modellierungen der Einzelnen in Lernprozessen so [zu] erweitern, dass sie eine kritische Urteilsbildung und ein reflektiertes Handeln in interkulturellen Kontexten ermöglichen“, wobei die erhobenen subjektiven Konzepte „irritiert, mit Widersprüchen konfrontiert und an innere Grenzen geführt“ werden (*Lange* 2009, S. 170). Durch diesen Lernprozess können migrationsbedingte Phänomene besser verstanden und beeinflusst werden.

Bezüglich der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften plädiert *Kalpaka* (2009) für einen reflexiven Umgang mit dichotomischen und stereotypen Vorstellungen. Die (Selbst-)Analyse von pädagogischen Herangehensweisen muss dabei einher gehen mit einer Vergegenwärtigung struktureller und institutioneller Dimensionen, die das pädagogische Handeln maßgeblich beeinflussen: „Reflexiv angelegte politische Bildungsarbeit kann dazu beitragen, solche Mechanismen zu erkennen und die jeweils eigene Positionierung im gesellschaftlichen und institutionellen Kontext zu reflektieren und auch zu erproben“ (ebd., S. 185). Im Hinblick auf das „Andern“, also die (Re-)Produktion von Fremdheit, sollte „Bildungsarbeit im Sinne ‚interkultureller Kompetenz‘ vor allem eine suchende Haltung bezüglich der Relevanz von Kultur in konkreten Situationen unterstützen, um eine Sensibilisierung für Kulturalisierung bzw. Ethnisierung und deren Folgen zu ermöglichen“ (ebd.).

In jüngerer Zeit sind erste Fortbildungsprogramme entwickelt und durchgeführt worden, die diese Überlegungen aufgreifen. Hierzu gehören z.B. die von der EU-Kommission geförderten Projekte „Miles“ und „Miracle“⁹, die sowohl Aspekte der Selbstreflexion als auch der strukturellen Diskriminierung in Lehrerfortbildungen integrieren (vgl. *Jens* 2010).

Mecheril (2009) wiederum fordert die Implementierung des „Diversity Mainstreaming“. Dabei geht es um die Anerkennung und den kompetenten Umgang mit der Vielfalt von Identitäten, Unterschieden und Zugehörigkeiten, die konstitutiv sind für die Wirklichkeit der Migrationsgesellschaft. Dies muss aber eine Querschnittsaufgabe aller gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen sein, damit der Diversity-Ansatz „einen Perspektivenwechsel von einer Zielgruppen- und häufig defizitorientierten Minderheitenpolitik (wie der deutschen Integrationspolitik) zu einer zielgruppenübergreifenden aktiven Anti-Diskriminierungs- und Gleichbehandlungspolitik, die die individuellen wie gesellschaftlichen Ressourcen und Potenziale von Vielfalt einschließt“ (ebd., S. 205f.) darstellt.

Auch *Leiprecht* spricht sich für „Diversität“ statt „Kultur“ als Leitkategorie von Bildungsmaßnahmen aus (2009, S. 215). Die Dekonstruktion individuell einseitiger Vorstellungen sowie die Bewusstmachung ihrer Einbettung in Interessens- und Machtstrukturen bedarf ihm zufolge jedoch fachlicher Unterstützung bei der Entwicklung von Veränderungsperspektiven, da die gängigen Vorstellungen funktional und stabilisierend wirken. Eine diversitätsbewusste politische Bildungsperspektive richtet sich dabei gegen eine Einstellung, wie sie in den Thesen *Thilo Sarrazins* zum Vorschein kommt: „Dabei soll

insbesondere vermieden werden, dass die hauptsächliche Verantwortung für eine Lebenslage mit deutlich eingeschränkten Möglichkeitsräumen bei den Ausgegrenzten, Benachteiligten und unmittelbar Betroffenen gesucht wird, während dominierende Strukturen, Institutionen und Organisationen genauso wie individuelle (Mit-)Verantwortlichkeit in privilegierten Positionierungen aus dem Blickfeld geraten.“ (ebd., S. 218f.)

5. Ausblick

Die vorgestellten, neueren migrationsdidaktischen Ansätze, zeigen Wege für eine Politische Bildung auf, die dazu beitragen kann, den im Sarrazin-Diskurs zutage tretenden Problemlagen effektiv entgegenzuwirken. Noch handelt es sich dabei allerdings überwiegend um vereinzelte Projekte bzw. noch nicht umfassend berücksichtigte Konzepte, deren allgemeine Implementierung im Bildungssystem aber dringend anempfohlen wird. Von großer Relevanz sind zudem die Bewahrung einer von ökonomischen Interessen unabhängigen Politischen Bildung, eine grundlegende Überarbeitung von Schulbüchern bezüglich des Themenkomplexes Migration sowie eine Neuausrichtung der Lehramtsaus- und Weiterbildung im Sinne der Migrationsdidaktik.

Die zentrale Aufgabe der Politischen Bildung muss es sein, „Heterogenität als etwas selbstverständliches innerhalb jeder Gesellschaft zu verdeutlichen. Dies stellt eine Grundlage dafür dar, dass in einer heterogenen Gesellschaft demokratische und auf Gerechtigkeit ausgerichtete Politikformen möglich werden.“ (Stuve 2009, S. 258)

Anmerkungen

- 1 <http://www.fr-online.de/politik/spezials/zulauf-fuer-die-sarrazin-partei/-/1472610/4619490/-/index.html> [22.02.2011]
- 2 Dies lässt sich aus einer aktuellen Studie der Gesellschaft für Konsumforschung folgern. Siehe: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/thilo-sarrazin-und-seine-leser-wer-hat-angst-vorm-fremden-mann-1.1043753> [22.02.2011]
- 3 *Thilo Sarrazin* im Gespräch. Klasse statt Masse, in: *lettre international*, LI 86, Herbst 2009, S. 197-201.
- 4 *Gabriel, Sigmar*, 16.09.2010: Anleitung zur Menschenzucht, in: *Die Zeit*, 38, S. 4.
- 5 http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_islamismus/zahlen_und_fakten_islamismus/ [22.02.2011]
- 6 *Lau, Mariam/Spiewak, Martin/Topçu, Özlem*, 10.03.2011: Da lachen ja die Türken, in: *Die Zeit*, 11, S. 8f.
- 7 Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Allensbachs-Institut. Siehe: <http://www.derwesten.de/nachrichten/Viele-Deutsche-empfinden-Muslime-als-Last-id3775558.html> [11.01.2011]
- 8 *Lange, Dirk/Rößler, Sven*: Repräsentationen der Migrationsgesellschaft, unveröffentlicht. Zur Projektbeschreibung siehe: <http://www.ipw.uni-hannover.de/agora-migrationsgesellschaft.html> [07.03.2011]
- 9 Die Projekte werden im Arbeitsbereich Didaktik der Politischen Bildung, Leibniz Universität Hannover durchgeführt: <http://www.ipw.uni-hannover.de/3654.html> [13.03.2011]

Literatur

- Anz, Thomas*, 2001: Biologismus und Kulturalismus, in: *Literaturkritik.de*, 7. Online verfügbar unter: http://www.literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=3938, Stand: 06.02.2011.
- Auernheimer, Georg*, 2006: Forschung zu interkulturellem Lehren und Lernen in der Schule, in: *Leiprecht, Rudolf/Kerber, Anne* (Hrsg.), *Schule in der Einwanderungsgesellschaft*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau, S. 126-141.

- Bucher, Hansjörg/Schlömer, Claus/Lackmann, Gregor, 2004: Die Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2020, in: Informationen zur Raumentwicklung, 3/4, S. 107-126.
- Bühl, Achim, 2010: Islamfeindlichkeit in Deutschland, Hamburg: VSA.
- Etzemüller, Thomas, 2008: Und ewig stürzt die Kurve ab, in: Einblicke, 48, S. 4-8.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2009: Migrationsbericht. Online verfügbar unter: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2009.pdf?__blob=publicationFile, Stand: 04.02.2011.
- Deutsche Islam Konferenz, 2009: Muslimisches Leben in Deutschland. Online verfügbar unter: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik_Gesellschaft/DIK/vollversion_studie_muslim_leben_deutschland_.pdf;jsessionid=3F35E432F6CCEC4A38ADC2A88D303304?__blob=publicationFile, Stand: 04.02.2011
- Foroutan, Naika (Hrsg.), 2010: *Sarrazins* Thesen auf dem Prüfstand, Berlin: Humboldt-Universität.
- Fredrickson, George M., 2004: Rassismus. Ein historischer Abriss, Hamburg: Hamburger Edition.
- Flam, Helena (Hrsg.), 2007: Migrantinnen in Deutschland, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Geißler, Rainer, 2006: Die Sozialstruktur Deutschlands, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE), 2004: Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen, Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Gestring, Norbert, 2005: Parallelgesellschaften – ein Kommentar, in: Gestring, Norbert/Glasauer, Herbert/Hannemann, Christine/Petrowsky, Werner/Pohlan, Jörg (Hrsg.), Jahrbuch StadtRegion 2004/05, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gestring, Norbert/Janßen, Andrea/Polat, Ayça, 2006: Prozesse der Integration und Ausgrenzung. Türkische Migrantinnen der zweiten Generation, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Grabbert, Tammo, 2008: Schrumpfende Städte und Segregation, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag.
- Grabbert, Tammo, 2010: Migration im niedersächsischen Schulbuch, in: Polis, 3, S. 14-17.
- Halm, Dirk/Liakova, Marina/Yetik, Zeliha, 2007: Pauschale Islamfeindlichkeit? in: Jäger, Siegfried/Halm, Dirk (Hrsg.), Mediale Barrieren, Münster: Unrast-Verlag, S. 5-10.
- Heitmeyer, Wilhelm, 2010: Krisen – Gesellschaftliche Auswirkungen, individuelle Verarbeitungen und Folgen für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Ders. (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 8, Berlin: Suhrkamp, S. 13-48.
- Jäger, Siegfried/Halm, Dirk, 2007: Medienberichterstattung als Integrationshemmnis, in: Dies. (Hrsg.), Mediale Barrieren, Münster: Unrast-Verlag, S. 5-10.
- Janßen, Andrea/Polat, Ayça, 2005: Zwischen Integration und Ausgrenzung: Lebensverhältnisse türkischer Migrantinnen der zweiten Generation, Oldenburg: Carl von Ossietzky Universität.
- Jens, Meike, 2010: Diskriminierungskritische politische Bildung, in: Polis, 3, S. 21-25.
- Kalpaka, Annita, 2009: Funktionales Wissen und Nicht-Wissen in der Migrationsgesellschaft, in: Lange, Dirk/Polat, Ayça (Hrsg.), Unsere Wirklichkeit ist anders. Migration und Alltag, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 176-188.
- Ködel, Carolin, 2007: „Unheimliche Gäste. Die Gegenwelt der Muslime in Deutschland“. Anti-integrative Integrationsdiskurse, in: Jäger, Siegfried/Halm, Dirk (Hrsg.), Mediale Barrieren, Münster: Unrast-Verlag, S. 201-228.
- Krüger-Potratz, Marianne, 2006: Migration als Herausforderung für Bildungspolitik, in: Leiprecht, Rudolf/Kerber, Anne (Hrsg.), Schule in der Einwanderungsgesellschaft, Schwalbach/Ts.: Wochenschau, S. 56-82.
- Lange, Dirk, 2006: Politische Bildung zwischen Ökonomisierung und Privatisierung, in: politische Bildung, 1, S. 164-168.
- Lange, Dirk, 2008: Kernkonzepte des Bürgerbewusstseins. Grundzüge einer Theorie politischen Lernens, in: Weißeno, Georg (Hrsg.), Politikkompetenz. Was Unterricht zu leisten hat, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 245-258.
- Lange, Dirk, 2009: Migrationspolitische Bildung. Das Bürgerbewusstsein in der Einwanderungsgesellschaft, in: Lange, Dirk/Polat, Ayça (Hrsg.), Unsere Wirklichkeit ist anders. Migration und Alltag, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 163-175.

- Leiprecht, Rudolf/Kerber, Anne*, 2006: Schule in der pluriformen Einwanderungsgesellschaft, in: Dies. (Hrsg.), *Schule in der Einwanderungsgesellschaft*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau, S. 7-23.
- Leiprecht, Rudolf*, 2009: Diversitätsbewusste Sozialpädagogik, in: *Lange, Dirk/Polat, Ayça* (Hrsg.), *Unsere Wirklichkeit ist anders. Migration und Alltag*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 211-223.
- Lutter, Andreas*, 2010: Migration und Integration im Bürgerbewusstsein von Schülerinnen und Schülern, in: *Polis*, 3, S. 18-20.
- Massing, Peter/Niehoff, Mirko*, 2010: Einstellungen und Reaktionen von Lehrer/-innen im Politikunterricht in Klassen mit Migrationshintergrund, in: *Weißeno, Georg* (Hrsg.), *Bürgerrolle heute*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 82-95.
- Mecheril, Paul*, 2009: Diversity Mainstreaming, in: *Lange, Dirk/Polat, Ayça* (Hrsg.), *Unsere Wirklichkeit ist anders. Migration und Alltag*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 202-210.
- Merkle, Tanja*, 2009: Lebenswelten in Deutschland. Ergebnisse aktueller Studien von Sinus Sociovision, in: *Lange, Dirk/Polat, Ayça* (Hrsg.), *Unsere Wirklichkeit ist anders. Migration und Alltag*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 62-79.
- Müller, Marianne/Werding, Martin*, 2007: Zur Lage der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland, in: *Ifo Schnelldienst*, 9, S. 25-30.
- Oswald, Ingrid*, 2007: *Migrationssozioologie*, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Perger, Werner A.*, 2010: Völkischer Populismus in Europa, in: *Heitmeyer, Wilhelm* (Hrsg.), *Deutsche Zustände*, Folge 8, Berlin: Suhrkamp, S. 305-314.
- Peuckert, Rüdiger*, 1998: Sozialisation, in: *Schäfers, Bernhard* (Hrsg.), *Grundbegriffe der Soziologie*, Opladen: Leske + Budrich, S. 321-325.
- Sarrazin, Thilo*, 2010: *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Stern, Elsbeth*, 2010: *Sarrazin-Debatte. Was heißt hier erblich?* in: *Paukos*, 2, S. 22-23.
- Stuve, Olaf*, 2009: Kein Wir, kein Nicht-Wir, in: *Lange, Dirk/Polat, Ayça* (Hrsg.), *Unsere Wirklichkeit ist anders. Migration und Alltag*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 257-269.
- Thomas, William Isaac/Thomas, Dorothy Swaine*, 1928: *The Child in America: Behavior Problems and Programs*, New York: Knopf.
- Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar*, 2001: *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung* (vollständige überarbeitete Neuauflage des Buches von 1993), Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- von Lucke, Albrecht*, 2009: Propaganda der Ungleichheit, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12, S. 55-63.
- Wiegel, Gerd*, 2009: Eliten-Rassismus à la *Sarrazin*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12, S. 27-29.

Anschriften der Autoren

Dipl. Sozialwiss. Tammo Grabbert, AGORA Politische Bildung, Leibniz Universität Hannover, Schneiderberg 50, 30167 Hannover
E-Mail: t.grabbert@gmx.de

Prof. Dr. Dirk Lange, AGORA Politische Bildung, Leibniz Universität Hannover, Schneiderberg 50, 30167 Hannover
E-Mail: agora@ipw.uni-hannover.de